

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Irma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Kohnlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Das Leben im Bild“

Richterheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 126 Bad Schandau, Mittwoch, den 1. Juni 1927 71. Jahrgang

Neue englisch-ägyptische Spannung

Um den Oberkommandierenden in Ägypten.

Scharfe englische Protestnote.

Die englisch-ägyptischen Beziehungen haben wieder eine beträchtliche Verschärfung erfahren. Der Grund zu diesem Zerwürfnis liegt in einem Beschluß der Heereskommission der Ägyptischen Kammer, das Gehalt des englischen Oberkommandierenden der ägyptischen Armee, des Sirbars, zu streichen. Mit diesem Schritt scheint die Ägyptische Kammer zum Ausdruck bringen zu wollen, die Stelle des britischen Oberkommandierenden der ägyptischen Armee vollständig zu streichen. Es ist in Ägypten wieder eine mächtige Los-von-England-Bewegung im Gange, die vor allem zum Ziel hat, die ägyptische Armee vollkommen von Englands Vormundschaft zu befreien.

England hat auf diese Beschlüsse der Ägyptischen Kammer hin mit der Entsendung der drei stärksten Schlachtschiffe der englischen Mittelmeerflotte nach Ägypten geantwortet. Diese Maßnahme beweist, daß die englische Regierung fest entschlossen ist, keines der vier bei der Unabhängigkeitserklärung Ägyptens reservierten englischen Rechte aufzugeben, und zwar 1. Kontrolle des Sudans, 2. Schutz des Suezkanals, 3. Schutz Kabbens gegen jeden

Angriff und 4. Schutz der englischen und ausländischen Interessen in Ägypten.

Die englische Regierung hat gegen den Beschluß der Ägyptischen Kammer in einer scharfen Note protestiert, die in Kairo sogar als ein Ultimatum aufgefaßt wird. In der Note wird erklärt, daß England unter allen Umständen darauf bestehen müsse, daß der Posten des Sirbars auch weiterhin von einem hohen englischen Offizier besetzt bleibt. Sollte Ägypten dieser englischen Forderung nicht nachkommen, so würde England die im Jahre 1922 anerkannte volle Souveränität wieder aufheben und das Protektorat wieder herstellen.

In der ägyptischen Presse findet die Note Englands starken Widerstand. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Regierungskrise in Ägypten unvermeidlich ist und die Auflösung der Ägyptischen Kammer unmittelbar bevorzustehen scheint. Man sieht also, daß Ägypten England von neuem große Sorge macht. Wie in letzter Zeit schon öfter, sprechen die ägyptischen Nationalisten eine aufgeregte Sprache und versuchen, die Leidenschaften der Ägypter von neuem gegen England zu entflammen.

General Haking nach London unterwegs.

Kairo. Generalleutnant Haking, der Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Ägypten und Palästina, hat sich zur Berichterstattung und Entgegennahme von Instruktionen nach London begeben.

Amerikanische Anti-Sowjet-Reden.

Coolidge über Abrüstung.

Eine besonders scharfe Rede gegen die Methoden der russischen Außenpolitik hielt der amerikanische Geschäftsträger in Paris, Herrick, anlässlich der Feier des amerikanischen Erinnerungstages auf dem Militärfriedhof in Suresnes. Alle Redner, so führte er aus, die noch Macht in ihrem Lande hätten, verwahrten sich energisch gegen die außenpolitischen Maßnahmen der Sowjets. Die französische Presse faßt Herricks Rede als einen Aufruf zu einem internationalen Vorgehen gegen den Kommunismus auf. Nicht ganz so scharf sprach der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, in New York über die russische Politik. Aber auch er warnte die amerikanischen Kommunisten und hob hervor, daß die Regierung der U.S.A. ihre Verfassung ändern würde, ehe sie ihr Land zu einem Sammelplatz von Leuten werden ließe, die Verbrechen und Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Ordnung begehen. Im übrigen trat Coolidge für Abrüstungsbeschränkung, nicht aber für eine völlige Abrüstung ein. Amerika würde seinen Einfluß in der internationalen Politik in diesem Sinne in der nächsten Zeit auch weiterhin geltend machen.

Der bekannte amerikanische Historiker und Politiker Professor Schottwell sprach sich in einem Vortrag, der von der ganzen Presse viel besprochen wird, für einen amerikanischen Locarnovertrag aus, der eine Friedenssicherung zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und England, Frankreich, Deutschland und Japan andererseits enthalten müsse. Auch er nahm selbstverständlich Rücksicht auf einen solchen Vertrag aus.

Kriegsrede Woroschilows.

Der russische Kriegskommissar Woroschilow erklärte nach Meldungen in Moskau vor einer großen Gewerkschaftsversammlung in Arjomowitsch, der Abbruch der Beziehungen mit England weise auf einen kommenden Krieg hin, für den England heute noch nicht genügend organisiert sei. Die Sowjetunion müsse sich auf den unvermeidlichen Krieg mit den imperialistischen Ländern vorbereiten.

Der Kampf der Sowjets gegen Trozki und Sinowjew.

Kiga, 1. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale beschlossen, Sinowjew und Trozki aus der Partei auszuschließen, falls sie ihren Kampf gegen Stalin und die kommunistische Regierung fortsetzen sollten.

Die Opposition soll die Beseitigung Stalins und Rykows aus dem Zentralkomitee der Partei und die Befreiung ihrer Stellen durch Trozki und Sinowjew gefordert haben. Nachdem nun Stalin in dem Exekutivkomitee einen Sieg davongetragen haben soll, soll Trozki beantragt haben, ihn von seinem Posten als Vorsitzender des Hauptkonferenzkomitees zu entbinden.

Kommunistenunruhen in Warschau.

Warschau, 31. Mai. Aus Anlaß des Wahlerfolges der Kommunisten bei den jüngsten Wahlen in Warschau fanden hier

heute große kommunistische Kundgebungen statt. Als Polizei die Ansammlungen zerstreuen wollte, kam es zu Zusammenstößen, wobei auch Schüsse fielen. Viele Geschäfte waren geschlossen. Einige Verletzte mußten ins Krankenhaus geschafft werden. 20 Personen sind verhaftet worden.

Die Sowjets gegen die englische Disedemonstration.

Riga. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung anlässlich des erwarteten Besuchs der englischen Schiffe im Baltischen Meer darauf hinzuwirken beabsichtigt, daß der Besuch der englischen Flotte in den baltischen Ländern einer Demonstration gegen die Sowjetunion gleichkomme. Die Demonstration richtete sich deutlich gegen Kronstadt und Leningrad. Die Sowjetregierung werde sofort, nachdem die englischen Schiffe das baltische Meer verlassen haben, eine Gegendemonstration veranstalten und die russische Baltische Flotte nach den skandinavischen Ländern schicken. Der englische Besuch in der Ostsee sei eine ernste Bedrohung des Friedens. Wie weiter bekannt wird, hat die Sowjetregierung Truppenmanöver bei Kronstadt angelegt. Die Festung Kronstadt ist jedoch nicht in Kriegszustand verlegt worden, befindet sich aber in Kriegsbereitschaft.

Jugoslawisch-italienischer Zwischenfall in Ragusa.

In Ragusa wurde nach einer Meldung aus Rom eine Gruppe von Italienern, darunter auch der Konsul, mit faulen Eiern und Steinen beworfen. Der Konsul wurde mit Fausthieben bearbeitet. Die Menge verjagte, an Bord des italienischen Dampfers „Paratino“ zu gelangen, konnte aber von der Besatzung zurückgetrieben werden. Die jugoslawischen Behörden haben sich auf den Protest des italienischen Gesandten in Belgrad hin entschuldigt.

Albanisch-jugoslawischer Zwischenfall.

Der Dragoman der jugoslawischen Gesandtschaft in Tirana ist von der albanischen Polizei unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Mit ihm wurden zwei Chauffeure und ein Polizist in Haft genommen. Die jugoslawische Gesandtschaft hat gegen dieses Vorgehen protestiert, da der Dragoman unter dem Schutz der Exterritorialität stehe. Die albanischen Behörden haben diesen Einwand abgelehnt, weil der Dragoman ein geborener Montinegriner sei.

Die Lage in China.

London, 31. Mai. Das englische Oberkommando in China hat beschlossen, mehrere Flugzeuge von dem Flugzeugmutter-schiff „Argus“ nach Tientsin zu entsenden.

Die heute in London eingegangenen Berichte aus China melden weitere Fortschritte der Südruppen auf ihrem Vormarsch nach Norden. Die Verluste der Südruppen bei den Kämpfen in der Honan-Provinz sollen außerordentlich schwer sein. Die Verluste der Nordruppen sind offenbar nicht bekannt. Der Angriff der letzteren in der Honan-Provinz hat sich nunmehr als völliger Fehlschlag herausgestellt. In ausländischen Kreisen Schanghais bezeichnet man die militärische Lage der Nordarmee als gefährlich. Für die Entsendung britischer Truppen beruft man sich auf die ernste Beurteilung der Situation durch die Japaner, die sogar mit der Möglichkeit eines englisch-russischen Krieges in China rechnen.

Für eilige Leser.

* In Hamborn kam es, als Rote Frontkämpfer den Festzug anlässlich der Standartenweihe des Mannvereins stören wollten, zu Zusammenstößen, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte gab.

* Die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg hat gestern Abend bei einer Beethovenfeier der Stadt Heidelberg Wilhelm Furtwängler zum Ehrendoktor ernannt.

* Anlässlich des ersten Jahrestages der Stageral-Schlacht veranstaltete die Ortsgruppe München des Reichsverbandes akademischer Kriegsteilnehmer am Dienstag Abend im auditorium maximum der Universität eine Gedenkfeier, bei der Generalmajor a. D. Universitätsprofessor Dr. Haushofer die Gedenkrede hielt.

* Die laarländische Bergarbeiterschaft hat die kommunistische Generalstreikparole abgelehnt.

Coolidge wieder Kandidat im Jahre 1928.

Von E. Miles Bouton.

Was Washington ablehnte und der volkstümliche Heerführer General Grant nicht erreichen konnte, wird Calvin Coolidge höchst wahrscheinlich versuchen: für eine dritte Amtsperiode von vier Jahren als Präsident der Vereinigten Staaten wiedergewählt zu werden. Zwar schweigt der Präsident immer noch über seine Absichten, aber daß er wieder kandidieren wird — vorausgesetzt, daß das kommende Jahr keine unvorhergesehenen Ereignisse mit sich bringt — scheint ziemlich sicher, wenn man die Rede genauer studiert, die der Vorsitzende der Republikanischen Partei, William W. Butler, neulich bei einem Bankett hielt.

Mr. Butler war eben von einer längeren Reise zurückgekehrt, die ihn durch die Weststaaten geführt hatte, um die politische Gesinnung der dortigen Wähler kennen zu lernen. Er berichtete, daß er überall nur „Coolidge-Sentiment“ gefunden habe und die Wiederwahl des Präsidenten für gesichert halte, auch sähe er nirgends irgendwelche unheilbringenden Gewitterwolken am politischen Horizont.

Schon lange, bevor Coolidge Präsident geworden, waren er und Butler gute Freunde in Massachusetts. Diese enge Freundschaft hat sich seitdem nicht nur erhalten, sondern noch verstärkt. Coolidge war es, der seinerzeit darauf bestand, daß Butler zum Vorsitzenden der Republikanischen Partei ernannt wurde; außerdem erließ er einen Aufruf zu Gunsten Butlers, als dieser im vorigen Jahre für den Bundesstaat kandidierte, was besonders auffiel, weil der Präsident sich sonst für keinen anderen Senatskandidaten so lebhaft einsetzte. Aus alledem ziehen gewiegte politische Beobachter in Washington den Schluß, — einen anderen könnte man wohl überhaupt nicht ziehen — daß Coolidge wieder der Kandidat seiner Partei im Jahre 1928 sein wird.

Will er Kandidat sein, so wird er Kandidat sein. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Auch unter normalen Verhältnissen kann jeder Präsident seine Partei förmlich zwingen, ihn zum zweiten Male zum Führer zu wählen, denn die Macht, Beamte zu ernennen und sonstige gutbesoldete Posten unter den Getreuen zu verteilen, gibt ihm eine Waffe in die Hand, gegen die kein Außenseiter aufkommen kann. Zu Gunsten Coolidges gibt es aber noch einen zweiten mächtigen Faktor. Es ist dies der beispiellose Wohlstand, den die Bürger der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren genossen haben. Der Schlachtruf der Republikanischen Partei im kommenden Wahlsfeldzuge wird sein: „Laßt alles beim alten. Warum Experimente machen?“ Und ein Volk, dessen Lebensbedingungen denkbar günstige sind, ist nicht geneigt, auch nur die kleinsten Revolutionen zu unternehmen. Hier, wie immer, wird die Zufriedenheit zum stärksten Anwalt des Bestehenden.

Gegen Coolidge spricht höchstens ein gefühlsmäßiges Moment. Als das amerikanische Volk Washington zum dritten Male als Präsident wählen wollte, weigerte sich „der Vater seines Vaterlandes“, die angebotene Wahl anzunehmen. Die Vereinigten Staaten, sagte er, seien eine Republik. Blicke derselbe Mann zu lange Präsident, so bestände die Gefahr des Aufkommens einer Monarchie. Erst in den sechziger Jahren des verflohenen Jahrhunderts versuchte General Grant, oder, besser ausgedrückt, versuchten seine Freunde, ihn für eine dritte Amtsperiode ernennen zu lassen. Der Versuch mißglückte, und seitdem gilt das „ungeschriebene Gesetz“, daß kein Präsident zum dritten Male gewählt werden darf. Die Anhänger Coolidges behaupten aber — er soll es auch selber privatim behaupten —, daß dieses Gesetz gegen ihn nicht angewendet werden darf, denn er sei automatisch Präsident geworden, als der wirkliche Präsident Harding, dem er als Vizepräsident zur Seite stand, mitten in seiner Amtsperiode starb. Also sei er nur einmal wirklich gewählt worden, und seine Wiederwahl würde nur die zweite sein, nicht aber die dritte. Ob diese Erwägungen stichhaltig sein werden, bleibt abzuwarten.

Ebenso sicher wie die Ernennung Coolidges zum Bannerträger seiner Partei 1928 scheint die Ernennung Alfred Smiths als Kandidat der Demokratischen Partei. Seit den Tagen Roosevelts hat kein anderer amerikanischer Politiker solche Volkstümlichkeit wie Smith genossen. Im vorigen Jahre wurde er zum vierten Mal Gouverneur des Staates New York, eine Auszeichnung, die zuletzt vor einem Jahrhundert und seitdem niemals einem New-Yorker zuteil geworden war. Während seiner Amtszeit tat er sich nicht nur als ungemein tüchtiger Lenker der Staatsgeschäfte, sondern auch als ehrliche, starke Persönlichkeit hervor.

Sollten er und Coolidge die zwei Gegenkandidaten sein, was jetzt, wie schon gesagt, als ziemlich sicher gilt, so wird der Wahlsfeldzug 1928 darum besonderes Interesse beanspruchen, weil Smith Katholik ist. Zwar kennt die amerikanische Ver-